

pax_zeit

2_2026



Wehrdienst





Foto: Torsten Bolten

SEMINAR UND EXKURSION

Menschen der Gewaltfreiheit – erinnert in Zeiten von Krieg

16. – 20. 09. 2026 Kloster Nütschau und Lübeck

Aktive Gewaltfreiheit, gewaltfreies Handeln

Zugänge ...

- Autobiografisch (Martina Freise)
- Anthropologisch, theologisch (Dr. Thomas Nauerth)
- Friedens-Sozialarbeit der Catholic-Worker (Judith Samson, Gemeinschaft Brot & Rosen)

Lübecker Märtyrer – Gestalten aktiver Gewaltfreiheit

- Stadtführung zu ihren Lebenskontexten (Matthias Schultz)
- Gedenkstätte Herz-Jesu-Kirche (Jochen Proske)
- Hanse-Museum: Reichtum, Unrechtsstrukturen, Handlungsperspektiven
- Gedenkstätte Martin-Luther-Kirche (Constanze Oldendorf)

Anmeldung bis 15.08.2026

Christiane Schwarz: c.schwarz@paxchristi.de

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeber pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Esther Mydla (verantw.), Claudia Dichtl, Joachim Haas-Feldmann, Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg **Titelfoto** Pacha Shot **Gesamtherstellung** Eva Begemann & Fabian Wilczek, Büro Q_& **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser:innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser:innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert) Redaktionsschluss für die Ausgabe 03_2026: 02.10.2026

Dieser Ausgabe liegt ein Flyer der Ökumenischen Friedensdekade bei.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der pax_zeit widmet sich dem Thema Wehrdienst – ein Thema, welches uns schon seit Monaten beschäftigt. Unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft sind unterschiedlich stark von den negativen Konsequenzen dieser Entwicklung betroffen. Besonders in den Fokus geraten dabei ohne Zweifel die jungen Menschen und der sie betreffende Wehrdienst. Der Soldatenbeauftragte des BDKJ, Stefan Dengel, schreibt in dieser Ausgabe der pax_zeit über die Position seines Verbandes zum Wehrdienst, Nina Boy gibt einen Überblick zum Thema Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine und Wolfgang Kramer berichtet von einer ökumenischen Initiative zum umstrittenen „geistlichen Operationsplan“ für Deutschland.

Wiltrud Rösch-Metzler nimmt uns in ihrem Artikel mit ins umkämpfte Westjordanland und Franz Enders zeigt auf, welche schwindelerregende Gewinne die Rüstungs-Startups gerade aus der fortschreitenden Militarisierung ziehen.

In starkem Kontrast dazu steht unsere eigene Finanzsituation und wir informieren in eigener Sache über die kürzlich beschlossenen Sparmaßnahmen – welche auch die pax_zeit betreffen. Es gibt aber auch – aus aktivistischer Perspektive – gute Nachrichten über lang anhaltendes Engagement und neue Initiativen in einer herausfordernden Zeit.

Mit besten Wünschen für eine informative und hoffentlich nicht zu besorgniserregende Lektüre.

Herzlichst Ihre

Esther Mydla

Termin vormerken

Die nächste Delegiertenversammlung von pax christi wird vom 23. bis zum 25. Oktober 2026 in Haus Altenberg in Odenthal stattfinden. Weitere Informationen zur Tagesordnung finden Sie demnächst auf unserer Homepage.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen in Altenberg.

Inhalt

Schwerpunkt Wehrdienst

- 4** **Freiwilligkeit stärken**
Stefan Dengel
- 6** **Kriegsdienstverweigerung
in der Ukraine**
Nina Boy
- 8** **Seelsorge bleibt zivil**
Wolfgang Kramer

Nahost

- 10** **Begegnungen mit Vertriebenen im
Westjordanland**
Wiltrud Rösch-Metzler

Aufrüstung

- 12** **Höhenflug bei Rüstungs-Startups**
Franz Enders

Aus der Bewegung

- 14** **Das Kreuz mit dem
Sühnekreuz**
Joachim Haas-Feldmann
- 16** **Anzeige gegen Bundesregierung**
Martin Singe
- 18** **In eigener Sache**
Der geschäftsführende Bundesvorstand

Glaube Perspektive

- 19** **Krieg ist kein Mittel
der Politik mehr!**
Paul Hildebrand



Foto: ammarheib/ Pixabay

Am 5. Dezember 2025 wurde das von Verteidigungsminister Boris Pistorius auf den Weg gebrachte Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoDG) verabschiedet. Am 1. Januar 2026 trat es in Kraft. Seitdem steigen die Zahlen an jungen Männern, die beraten werden wollen, wie sie den Kriegsdienst verweigern können. Neben vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist auch pax christi in die Beratung von Kriegsdienstverweigerern eingestiegen. Mehrere ehrenamtlich tätige Berater:innen unterstützen den Reflexionsprozess, um eine informierte Entscheidung für oder gegen den eigenen Kriegsdienst an der Waffe zu treffen. Mehr zum Thema ‚Wehrdienst‘ finden Sie in unserem aktuellen Themenschwerpunkt.

Freiwilligkeit stärken



WIR SIND
NICHT NUR
VERANTWORT
LICH FUER DAS
WAS WIR TUN
SONDERN
AUCH FUER
DAS WAS
WIR NICHT
TUN.

Stefan Dengel

Keine Rückkehr zur Wehrpflicht!

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat sich mit dem Beschluss „Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht“ in der aktuellen Wehrdienstdebatte positioniert. Sicherheit, Resilienz und gesellschaftlicher Zusammenhalt können unserer Meinung nach nicht durch Zwang entstehen, sondern wachsen durch freiwilliges Engagement und Dienste in allen gesellschaftlichen Bereichen und auch in der Bundeswehr. Unser Fokus liegt auf dem Erhalt und möglichst der Verbesserung der finanziellen und qualitativen Absicherung der Freiwilligendienste und der Freiräume junger Menschen.

Aus jugend- und gesellschaftspolitischer Perspektive lehnen wir Pflichtdienste ab. Hintergrund dieser Haltung sind unsere sehr guten Erfahrungen mit freiwillig übernommenen Diensten seit der Aussetzung der Wehrpflicht. Junge Menschen entscheiden sich seitdem bewusst, ob sie einen Dienst leisten wollen, bei welcher Organisation und was für einen Dienst sie übernehmen wollen. Dies führte auf verschiedenen Ebenen zu einem erheblichen Qualitätssprung: Die Organisationen, die Freiwillige für einen Dienst gewinnen möchten, können nicht mehr einfach Aufgaben verteilen. Sondern diese Organisationen müssen sich stetig weiterentwickeln, profilieren und einen für junge Menschen attraktiven Dienst anbieten – mit Blick auf Aufgabenprofile, Ausbildungsmodule und Rahmenbedingungen. Bei der Konzeption und Ausgestaltung sind zahlreiche Organisationen aus Gesellschaft und Kirchen mitgestaltend – Musterbeispiele gelungener Partizipation.

Stärkere Motivation

Die jungen Menschen entscheiden sich auch nach ihrem individuellen Entwicklungs- und Erfahrungswünschen und sind unserer Erfahrung nach deutlich motivierter. Dies kommt nicht nur den jungen Menschen zugute, sondern auch den Organisationen und der Gesellschaft insgesamt. Und dies kommt hoffentlich auch jungen freiwillig Wehrdienst leistenden Soldat:innen zugute, wenn die Streitkräfte sich um sie bemühen müssen.

Das Wehrdienstmodernisierungsgesetz beinhaltet nicht nur aktuell die Erfassung, sondern auch die Möglichkeit der Aktivierung einer Bedarfswehrpflicht auf Beschluss des Bundestages. Bei einer Aktivierung würden für die gesamte Zivilgesellschaft zahlreiche herausfordernde Fragen aufgeworfen.

Es ist in vielen Punkten noch unklar, wie die Umsetzung aussehen würde. Aber es gilt schon jetzt, sich auf die Kernpunkte vorzubereiten, um sich in die Diskussion einbringen und im Interesse junger Menschen mitgestalten zu können: Mit Blick auf das oben genannte zunächst einmal, wie die Vielfalt und die Qualität aller Freiwilligendienste garantiert bleiben

können, wenn es zur Pflicht kommt. Zentral wird hier auch die Frage der Verhältnisbestimmung und Unterscheidung der Bedingungen von Freiwilligendienste zu Ersatzdiensten sein. Unsere Forderung ist, dass jeder freiwillig übernommene Dienst wie ein Ersatzdienst behandelt wird. Darüber hinaus fordern wir, dass eine Wehrpflicht nicht zur Schwächung der anderen Freiwilligendienste führen darf.

Alte Fragen unter neuen Rahmenbedingungen

Mit Blick auf die Einzelnen, die von einer Pflicht betroffen sein könnten, stellen sich die „alten Fragen“ erneut – unter neuen Rahmenbedingungen. Wie kann eine Wehrpflicht gerecht gestaltet werden, welche die Jahrgänge vor 2008 gar nicht und die Jahrgänge danach nicht allgemein, sondern nur zu Teilen betreffen soll? Welche Gerechtigkeitsprinzipien finden Anwendung? Wie werden die Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung ausgestaltet? Wir fordern, dass selbst eine Musterung nur dann erfolgen darf, wenn ein Mensch sich vorher freiwillig zum Wehrdienst bereit erklärt hat. Darüber hinaus fordern wir möglichst niedrighschwellige Möglichkeiten zur Verweigerung aus Gewissensgründen. Wünschenswert wäre eine Verweigerung ohne jede Prüfung – dass sich jeder Mensch aus freien Stücken für oder gegen einen Dienst an der Waffe entscheiden kann, ohne sich begründen zu müssen. Unabhängig davon braucht es wieder mehr und zeitgemäße Angebote zur ergebnisoffenen Beratung – unabhängig davon, ob die Bedarfswehrpflicht aktiviert wird oder nicht.

Sollten wieder wehrpflichtige Soldat:innen in Kasernen einrücken müssen, wird sich die Gesellschaft, die Kirchen und auch die Verantwortlichen in Staat und Bundeswehr über das Gesagte hinaus auf vielfältige Herausforderungen mit Blick auf Fürsorge und Seelsorge einstellen müssen. Auch diese Fragen müssen eingebracht werden, zumal sie in der aktuellen Debatte nicht im Fokus sind.

pax christi: KDV-Beratung

Seit Anfang des Jahres bietet auch pax christi Beratung und Begleitung von Kriegsdienstverweigerern an. Wir unterstützen besonders diejenigen, die den Dienst an der Waffe aus religiösen Motiven verweigern möchten. Wenden Sie sich an: kdv-beratung@paxchristi.de

Stefan Dengel ist Referent für Soldat:innenfragen beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).

Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine

Nina Boy

Verdrängtes Menschenrecht im Krieg

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs steht die Ukraine im Zeichen der Verteidigung. Mobilisierung, militärische Unterstützung und Sicherheitsfragen dominieren die öffentliche Debatte. Kaum thematisiert wird jedoch eine grundlegende menschenrechtliche Frage: Was geschieht mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung in einem Staat im Ausnahmezustand?

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt nach internationalem Verständnis als Bestandteil der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Es gehört damit zu den grundlegenden Menschenrechten. Gleichwohl ist seine praktische Umsetzung in vielen Staaten begrenzt – insbesondere in Zeiten bewaffneter Konflikte. Auch in der Ukraine war dieses Recht bereits vor dem gegenwärtigen Krieg nur eingeschränkt gewährleistet. Zwar existierte ein gesetzlich geregelter ziviler Ersatzdienst, doch war der Zugang dazu stark begrenzt. In der Praxis stand er vor allem Angehörigen bestimmter religiöser Gemeinschaften offen, während Menschen, die aus ethischen, politischen oder persönlichen Gründen den Militärdienst ablehnten, kaum Möglichkeiten hatten, ihre Gewissensentscheidung geltend zu machen.

Mit Beginn der russischen Invasion hat sich diese Situation weiter verschärft. Die ukrainische Regierung verhängte das Kriegsrecht und ordnete eine umfassende Mobilisierung an. Zugleich gilt ein Ausreiseverbot für Männer im Alter zwischen 23 und 60 Jahren. Unter diesen Bedingungen wird das Recht auf Kriegsdienstverweigerung faktisch nicht mehr umgesetzt. Anträge auf Ersatzdienst werden häufig nicht angenommen oder mit Hinweis auf die besonderen Umstände des Kriegszustandes zurückgewiesen. Für viele Betroffene bedeutet dies, dass ihnen keine rechtlich abgesicherte Möglichkeit bleibt, den Dienst an der Waffe zu verweigern.

Strafrechtliche Konsequenzen

Wer sich dennoch weigert, Militärdienst zu leisten, sieht sich mit strafrechtlichen Konsequenzen konfrontiert. Verweigerern drohen Geld- oder Haftstrafen. Einige versuchen daher, sich der Einberufung zu entziehen oder das Land zu verlassen. Andere leben in der ständigen Unsicherheit, jederzeit eingezogen zu werden. Zugleich werden auch Fälle bekannt,

in denen Soldaten den Dienst verweigern oder desertieren, nachdem sie bereits in die Streitkräfte eingegliedert worden sind. Hinzu kommt, dass eine mögliche Inhaftierung für Betroffene mit erheblichen Risiken verbunden ist. Berichte über die Lebensbedingungen in ukrainischen Untersuchungshaftanstalten (SIZO) und Gefängnissen zeichnen ein besorgniserregendes Bild. Überbelegung, unzureichende hygienische Verhältnisse und eingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung gehören vielerorts zum Alltag. Berichte über Gewalt sowie Misshandlungen durch Personal oder Mitgefangene sind dokumentiert und in Einzelfällen wird zudem von Folter zur Erzwingung von Geständnissen berichtet.

Vor diesem Hintergrund bedeutet die Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung für viele Betroffene nicht nur ein rechtliches Risiko, sondern auch die konkrete Gefahr, unter Bedingungen inhaftiert zu werden, die grundlegenden menschenrechtlichen Standards nicht entsprechen. Dabei betonen internationale Menschenrechtsorgane seit Jahren, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch unter den Bedingungen bewaffneter Konflikte zu achten ist. Das UN-Human-Rights-Committee hat wiederholt hervorgehoben, dass dieses Recht aus der in Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte garantierten Gewissensfreiheit abgeleitet wird und auch in Zeiten von Krieg nicht suspendiert werden darf. Bereits in seinen abschließenden Bemerkungen zur Ukraine kritisierte der Ausschuss zudem Einschränkungen beim Zugang zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung, insbesondere, wenn dieser nicht auf religiösen Gründen beruhte. Staaten sind demnach verpflichtet, allen Betroffenen diskriminierungsfrei Zugang zu einem zivilen Ersatzdienst zu ermöglichen und ihre Gewissensentscheidung zu respektieren.

Mangelnde Solidarität?

Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Situation in der Ukraine von einer existenziellen Bedrohung geprägt. Das Land verteidigt sich gegen einen Angriffskrieg, und viele Menschen betrachten die Beteiligung an der Verteidigung daher als moralische Verpflichtung. In einem solchen Kontext geraten Kriegsdienstverweigerer häufig unter erheblichen gesellschaftlichen Druck. Ihre Entscheidung wird nicht selten als Ausdruck mangelnder Solidarität gedeutet.

Doch Kriegsdienstverweigerung bedeutet keineswegs Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal des eigenen Landes oder dem Leid der Bevölkerung. Viele Verweigerer engagieren sich auf andere Weise: in der humanitären Hilfe, in der



Foto: Michael Schultze von Glaßer (DFG-VK)

Object War Campaign: Kriegsdienstverweigerung ist international anerkanntes Menschenrecht

Unterstützung von Geflüchteten oder in der zivilen Versorgung der Bevölkerung. Sie übernehmen Verantwortung für die Gesellschaft, lehnen jedoch die Beteiligung an bewaffneter Gewalt aus Gewissensgründen ab.

Organisationen wie Connection e.V. bemühen sich darum, diese Perspektive sichtbar zu machen. Sie dokumentieren Fälle von Verfolgung, beraten Betroffene und setzen sich international dafür ein, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch in Kriegszeiten nicht aus dem Blick gerät. Der Krieg in der Ukraine wird zu Recht als Kampf um territoriale Integrität und politische Selbstbestimmung verstanden. Doch gerade ein solcher Kampf, der im Namen von Freiheit und

Demokratie geführt wird, muss sich an den eigenen Maßstäben messen lassen. Eine Gesellschaft, die Freiheit verteidigen will, muss auch die Freiheit aushalten, sich dem Krieg zu verweigern.

Nina Boy ist Projektmanagerin als Teil der Geschäftsführung von Connection e.V. Die Organisation tritt aktiv für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein.



Seelsorge bleibt zivil

Wolfgang Kramer

Nein zur Militarisierung kirchlicher und diakonischer Dienste

Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine wird staatlicherseits versucht, die Gesellschaft auf einen möglichen Krieg vorzubereiten. Dazu wurde ein geheimer „Operationsplan Deutschland“ entwickelt, der eine starke Einbindung der Zivilbevölkerung in die militärischen Strukturen vorsieht. Das „Grünbuch ZMZ (Zivil-Militärische Zusammenarbeit) 4.0“ des „Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit“, einer Fachgruppierung von Mitgliedern des Deutschen Bundestags, lässt Rückschlüsse auf die Inhalte des Operationsplans zu. Während das Grünbuch ZMZ 3.0 noch die Hilfe bei Umweltkatastrophen als Schwerpunkt hatte, geht es beim Grünbuch ZMZ 4.0 um konkrete Kriegsvorbereitung und um zivil-militärische Zusammenarbeit.

Das seit September 2025 vorliegende, aber erst vor Kurzem öffentlich gemachte Arbeitspapier der Kirchen unter dem Titel „Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“ (auch „Geistlicher OP-Plan“ genannt) ist der Versuch, die evangelische und katholische Kirche in diese Vorbereitungen auf kriegerische Auseinandersetzungen einzubeziehen. Das Rahmenkonzept konkretisiert Handlungsstrategien, wie sie der „Operationsplan Deutschland“ für Religionsgemeinschaften und deren Seelsorge festgelegt hat. Es übernimmt unhinterfragt sicherheitspolitische Prämissen und Annahmen der Bundesregierung im Blick auf „Szenarien militärischer Bedrohung und gewaltsamer Konflikte, die auch Deutschland

unmittelbar betreffen können“. Eine friedenspolitische Einordnung fehlt ebenso wie eine friedensethische Reflexion der Rolle der Kirchen und ihrer Glieder zur Verhinderung eines Kriegsfalls. Das Konzept erweckt insgesamt den Eindruck, als ob in vorauseilendem Gehorsam gegenüber dem Staat im Geiste der „Zeitenwende“ kirchliche Arbeit auf kriegerische Konflikte vorbereitet werden soll.

Das Konzept zum Kriegsfall

In Zusammenarbeit mit Diakonie und Caritas sollen dabei kirchliche Sondermittel eingesetzt und Personal ausgebildet werden. Indem das Konzept den Kriegsfall unhinterfragt zur Voraussetzung aller praktischen Überlegungen macht, bereitet es – gewollt oder ungewollt – den Krieg selbst sprachlich und gedanklich mit vor. Als hätten die Kirchen aus der Geschichte nichts gelernt, folgen sie dem überkommenen Motto: Wer den Frieden will, muss den Krieg vorbereiten. Dass diese militärisch-zivile Zusammenarbeit hinter verschlossenen Türen eingefädelt wurde und in Öffentlichkeit und Parlament nicht diskutiert wird, widerspricht zudem demokratischen Regeln.

Aus den Reihen der Initiative, die im Rahmen des Evangelischen Kirchentags den „Christlichen Friedensruf 2025“ in Hannover verabschiedet hatte, kam die Idee, kirchlich Mitarbeitende in Deutschland zu einer Verweigerung der Mitarbeit an kriegsvorbereitenden Maßnahmen aufzurufen. Eine ähnliche Initiative hatte die IPPNW für den medizinischen Bereich gestartet.

Gibt es nur eine Option?

Die Idee wurde von der pax christi-Kommission Friedenspolitik aufgegriffen. So wurde eine gemeinsame Aktion beschlossen mit dem Ziel, sich der Einbindung der Kirchen in den „Operationsplan Deutschland“ zu widersetzen. Im Kern wird das so begründet: Seelsorge darf nicht für die militärische Planung und Kriegsvorbereitung funktionalisiert werden. Die Einbindung gefährdet den Frieden. Die Forderung nach „Kriegstüchtigkeit“ von Medizin und Seelsorge unterstellt, Deutschland und Europa hätten nur noch die Option, sich mit militärischen Mitteln gegen einen Angriff von außen zu verteidigen. Sie richtet die Seelsorge auf militärische Ziele aus. Im Bündnis- und Verteidigungsfall wird der zivile seelsorgerliche Bereich quer zu vorhandenen Strukturen top-down organisiert. Es treten automatisch Notstandsgesetze in Kraft, die weitreichende Grundrechtseinschränkungen wie Dienstverpflichtungen auch im kirchlichen Bereich möglich machen. Kirchliche Aufgabe ist aber, die geistliche und seelsorgerliche Begleitung aller Menschen, nicht aber die Beteiligung an Anstrengungen, unsere Kirchen im Kontext eines antagonistischen Sicherheitskonzepts kriegstüchtig zu machen.

Erklärung unterzeichnen

Die ökumenische Initiative beabsichtigt, die Mitarbeitenden in den Kirchen über geeignete Kanäle aufzufordern, folgende



Kampagne Unter 18 nie!

Was ist das zentrale Anliegen der Initiative „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“?

Das Bündnis verfolgt zwei Ziele: Keine Rekrutierung unter 18-Jähriger für die Bundeswehr und Beendigung der gezielt an Jugendliche gerichteten Bundeswehrwerbung. Die Homepage unter18nie.de informiert dazu. Wir unterstützen den Protest gegen die Wiedereinkraftsetzung der Wehrpflicht, führen Gespräche und Briefwechsel mit politisch Verantwortlichen, nehmen Stellung zu den Berichten der Wehrbeauftragten und den steigenden Rekrutierungszahlen Minderjähriger, was jeweils von intensiver Pressearbeit flankiert wird.

Wie kann sich vor allem die pax christi-Basis beim Protest gegen den „Neuen Wehrdienst“ noch stärker einbringen?

Vor Ort Initiierung und aktive Unterstützung von ‚Schulstreiks‘, KDV-Beratung, Zusammenarbeit mit Schulen und Gemeinden im Blick auf Friedensbildung bzw. Anti-Kriegsarbeit. pax christi Bonn z. B. veranstaltet außerdem seit 2023 monatlich die Mahnwache „Nie wieder Jugendliche zum Militär!“. Diese Aktionsform bietet Anlass zu wertvollen Begegnungen und ist wenig aufwändig.

Armin Lauen ist pax christi-Vertreter bei „Unter18 nie“

Erklärung zu unterzeichnen: „Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die den Kriegsfall als bewältigbare Handlungsoption in den Blick nehmen und als solche vorbereiten. Ich lehne als Beschäftigte/Beschäftigter im Bereich der Kirchen jede Schulung oder Fortbildung für das Rahmenkonzept ab und werde mich daran nicht aktiv beteiligen. Ich befürworte und unterstütze dasjenige kirchliche Engagement, das den Frieden stärkt, der Prävention von Kriegen dient und sich für das Training aktiv gewaltfreier Verteidigung einsetzt. Das ändert nichts an meiner Bereitschaft, in allen Notfällen meine seelsorgerliche und geistliche Hilfe zur Verfügung zu stellen.“

Wolfgang Kramer ist Mitglied der Kommission Friedenspolitik.



Begegnungen mit Vertriebenen im Westjordanland

Wiltrud Rösch-Metzler

Das Unrecht muss der Weltgemeinschaft bewusst werden

Am 21. Januar 2025 stürmten israelische Soldaten das palästinensische Flüchtlingslager Jenin im nördlichen Westjordanland. Sie trieben die Bewohner:innen auf die Straße. Zum Einsatz kamen Apache-Hubschrauber, Drohnen, Bulldozer, gepanzerte Fahrzeuge. Diese Militäroperation fand kurz nach dem Abschluss eines vorübergehenden Waffenstillstands im Gaza-Streifen statt. Die israelische Regierung vertrieb 32.000 Menschen aus Jenin und zwei weiteren Flüchtlingslagern, ließ ihre Wohnungen zerstören und besetzen. Seitdem dürfen die

Binnenvertriebenen nicht in ihre Häuser zurückkehren. Für die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch stellt diese Zwangsvertreibung ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Mit der Ökumenischen Initiative ‚Kairos Palästina‘ reisen wir in das christlich geprägte palästinensische Zababdeh, wo vertriebene Palästinenser:innen aus Jenin Zuflucht gefunden haben. Sie erhalten dort Hilfe von der 1948 in Ostjerusalem

gegründeten Young Men's Christian Association (EJ-YMCA), einer unabhängigen, neutralen und professionellen Organisation, die zur weltweiten CVJM-Bewegung gehört. Ihr Rehabilitationsprogramm wurde 1989 ins Leben gerufen, um Jugendliche, die während des ersten palästinensischen Aufstands, der „Intifada“, durch politische Gewalt verletzt wurden, wieder in ihre Gemeinschaften zu integrieren und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Alle müssen bei null anfangen

Die Straße, auf der unser Bus in den Norden des Westjordanlandes fährt, ist kilometerlang mit israelischen Flaggen gesäumt. Jüdische Siedler erheben so ihren Anspruch auf palästinensisches Land. In Zababdeh empfängt uns der melkitische Priester. Melkiten gehören zur katholischen Kirche. Der Ort hat etwa 4.000 christliche Einwohner:innen und 2.000 muslimische. Der Pfarrer vermisst Meinungsfreiheit und Bewegungsfreiheit. „Wenn ich nach Jerusalem will, brauche ich ein Visum. In den letzten vier Jahren war ich nur einmal in Betlehem.“ Er bittet: „Erzählt von uns, betet und spendet. Manchmal wollt ihr gar nicht hören, wer wir sind.“

In Zababdeh treffen wir auch Vertriebene aus Jenin. Ihr Vertreter erklärt, warum Widerstand wichtig ist: „Die Vertreibung aus Jenin und dort ein unbewohnbares Umfeld zu schaffen war eine Botschaft an alle Palästinenser. Im Juni geschah dasselbe in Tulkarem.“ Der CVJM kümmert sich um die 3.000 Flüchtlinge aus Jenin, die in einem Studentenwohnheim in Zababdeh vorübergehend untergekommen sind. „Alle Familien müssen bei null anfangen. Ihre Not ist noch größer als die der lokalen Bevölkerung. So etwas haben wir noch nie erlebt. Das ist neu.“ Zusammen mit der lokalen Bevölkerung haben sie es geschafft, wenigstens Grundbedürfnisse zu stillen.

Prioritäten setzen

Die vertriebenen Familien hatten zuvor ihr Einkommen im Flüchtlingslager und in Israel. Beide Gruppen haben ihr Einkommen verloren. Es ist dem CVJM nicht möglich, alle Bedürfnisse abzudecken. „Wir setzen Prioritäten“, heißt es beim CVJM. „Das Wichtigste ist, Unterkünfte für die Familien zu finden. Der Gedanke, dass sie wieder in Zelten leben müssen, ist für uns unerträglich.“ Das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) stellt Schulen für die Kinder. Der Vertriebenensprecher appelliert: „Wir wollen besucht werden, damit dieses Unrecht der Weltgemeinschaft bewusst wird. Wir wollen, dass die israelische Regierung für diese Verbrechen gegen die Palästinenser zur Rechenschaft gezogen wird. Wir bitten um eure Solidarität.“

Einige Vertriebene berichten von ihren Traumata: „Plötzlich, ohne Vorwarnung, standen wir alle in einer kalten Januarnacht draußen. Für die Kinder war das besonders traumatisch.“

Mitarbeiter des CVJM ergänzen, dass viele der Familien auch nach zehn Monaten noch therapeutische Hilfe benötigen. Die Eltern verhalten sich ihren Kindern gegenüber aggressiv. „Wir haben uns überlegt, wie wir ihren Stress abbauen können, und ihnen Strategien zur Bewältigung vermittelt. Der Kampf ist noch nicht vorbei.“

Das Leben im Flüchtlingslager

Ein Mann, etwa 35 Jahre alt, ist hoffnungsvoll: „Wir glauben fest daran, dass wir bald zurückkehren werden. Das Flüchtlingslager hat eine spirituelle Bedeutung.“ Ein 17-jähriges Mädchen beschreibt: „Meine Seele ist im Flüchtlingslager. Ich möchte zurückkehren, aber mein Haus wurde zerstört. Meine Schule ist jetzt ein Militärstützpunkt. Wir sind dankbar, hier eine Unterkunft gefunden zu haben, aber sie ist sehr klein. Wir hoffen, dass Sie uns unterstützen.“ Ein 12-jähriger Junge berichtet: „Meine Noten werden schlechter. Ein Psychologe hilft uns.“ Eine Schülerin beschreibt die beengten Verhältnisse, unter denen sie nun lernen muss: „Wir brauchen Platz, um lernen zu können.“ Ein anderer Flüchtling beklagt: „Diejenigen, die in Studentenwohnheimen leben, erhalten keine Hilfe mehr von der Regierung. Die Arbeitsmöglichkeiten sind sehr begrenzt. Am 25. Januar 2025 endete das Leben meiner Familie.“

Gemäß Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention, die in besetzten Gebieten gilt, ist die Besatzungsmacht verpflichtet, die Rückkehr der Vertriebenen sicherzustellen, sobald in dem Gebiet keine Kampfhandlungen mehr stattfinden. Israelische Behörden teilten Human Rights Watch mit, dass die Militäroperation „angesichts der von diesen Lagern ausgehenden Sicherheitsbedrohung und der zunehmenden Präsenz terroristischer Elemente in ihnen“ gestartet wurde. Keine Antwort gab es auf Anfragen, wann Israel den Palästinenser:innen die Rückkehr gestatten würde. Das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) errichtete die drei Lager Anfang der 1950er Jahre für Palästinenser:innen, die nach der Gründung Israels im Jahr 1948 aus ihren Häusern vertrieben worden waren. Diese Flüchtlinge – die damals Vertriebenen und ihre Nachkommen – lebten seither dort.

Wiltrud Rösch-Metzler ist Vorsitzende von pax christi Rottenburg-Stuttgart.

Höhenflug bei Rüstungs-Startups



Franz Enders

Ein makabres Geschäftsmodell

Seit der Ausrufung der „Zeitenwende“ vor nun schon vier Jahren ist die Aufrüstung in der BRD in einem atemberaubenden Tempo vorangeschritten. Neben den alteingesessenen Rüstungsriesen wie Rheinmetall, TKMS & Co. sind in diesem Zuge auch neue Rüstungskonzerne entstanden, deren Wachstumsraten noch weit über den etablierten Playern liegen und welche die BRD zum Zentrum der EU-weiten digitalen Aufrüstung machen.

An der nach Investitionsvolumen gemessenen Spitze dieser deutschen „Rüstungs-Startups“ (also Unternehmen aus dem Rüstungsbereich, die mit unkonventionellen Angeboten Investor:innen locken und oft rasant wachsen) steht das Münchner Unternehmen Helsing. Das Unternehmen wurde von einem Ex-Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums unter Ursula von der Leyen (und in dem Zusammenhang Protagonist in der sogenannten „Berater-Affäre“) gegründet und fokussiert sich auf militärische sogenannte „Künstliche Intelligenz“ (KI) und damit ausgestattete Drohnen. Zwei Jahre nach der Gründung erreichte Helsing 2023 bereits die Bewertung von über einer Milliarde Euro, im Sommer 2025 lag sie schon bei über 12 Milliarden Euro. Außerdem ging das Unternehmen im letzten Jahr auf Expansionskurs: Im Juni 2025 kaufte es den Kleinflugzeughersteller Grob Aircraft auf, im Oktober folgte das Unterwasserdrohnenunternehmen Blue Ocean. Aktuell steht zudem die Errichtung einer weiteren Drohnenfabrik in der Nähe des Münchner Flughafens auf dem Plan.

Von der Zeitenwende zur Tatenwende

Mit einem Investitionsvolumen von ca. 785 Millionen US-Dollar allein im Jahr 2025 lag Helsing auf Platz zwei der Rüstungsstartups in NATO-Staaten. Etwas dahinter (mit ca. 400 Millionen US-Dollar) liegt Hauptkonkurrent Quantum Systems, der zwar formell nicht ausschließlich militärisch nutzbare Überwachungsdrohnen ohne Sprengsätze oder Ähnliches herstellt, seinen Absatzmarkt allerdings trotzdem maßgeblich auf das Militär fokussiert und daher hier als Rüstungs-Startup gefasst wird. Die Risikokapitalinvestitionen in EU-Staaten im Bereich der Rüstung haben sich von 2024 auf 2025 mehr als verdoppelt und damit den mit Abstand größten Finanzierungszuwachs in Startup-Kreisen erreicht.

Doch nicht nur private Investitionen spielen für die neuen Waffenschmieden eine Rolle. Da explodierende Drohnen für den Privatgebrauch in aller Regel untauglich sind, besteht die anvisierte Kundschaft grundsätzlich aus Staaten und ihrem Militär. Dies betraf zunächst die Ukraine, allerdings ist nun nach jahrelangen intensiven Bemühungen um die

Gunst deutscher Beschaffungsbehörden auch eine deutliche Zunahme an Aufträgen für das deutsche Militär zu verzeichnen. So schloss das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (sprich: das Beschaffungsamt der Bundeswehr) Ende letzten Jahres zwei Beschaffungsverträge mit Quantum Systems mit einem Gesamtvolumen von wohl ca. 250 Millionen Euro für ca. 700 Drohnen verschiedener Bauarten und Option der weiteren Auftragssteigerung in den nächsten Jahren ab – ein Übergang von der „Zeitenwende zur Tatenwende“, so Martin Karkour aus dem Führungsstab des Unternehmens. Helsing verzeichnete mit deutschen Regierungsaufträgen über ca. 80 Millionen Euro im letzten Jahr deutlich weniger abgeschlossene Verträge, zog dafür allerdings wie oben erwähnt wesentlich mehr privates Kapital an Land.

„Defence-Startups“ in der BRD

In diesem Jahr dürfte der Höhenflug der Unternehmen ungebremst weitergehen: Im Februar bewilligte der Haushaltsausschuss des Bundestags eine Bestellung von Kamikazedrohnen im Wert von insgesamt 536 Millionen Euro bei Helsing und Stark Defence (eine Schwesterfirma von Quantum Systems). Entgegen ursprünglicher Planung nicht bedacht wurde bei dieser Beschaffung Rheinmetall. Berichte über die geplante Beteiligung des Unternehmens waren besonders bemerkenswert, da diese Art von Rüstungstechnologie für die etablierte deutsche Rüstungsindustrie eine bisher eher randständige Rolle eingenommen hat und die Berichte für viele Beobachter:innen recht überraschend kamen. Seine Drohnen entwickelt Rheinmetall in Kooperation mit Rüstungsunternehmen aus Israel (Uvision) und den USA (Anduril) und unterscheidet sich damit von den klar EU-zentrierten Strategien der Startups – auch wenn Rheinmetall ebenfalls betont, seine Drohnen unabhängig von den USA produzieren zu können. Bei stattgefundenen Tests sollen die Drohnen von Stark mehrfach jenseits der anvisierten Ziele abgestürzt sein, während Helsing eine hohe Trefferquote verzeichnet habe und Rheinmetall gar nicht erst teilgenommen haben soll.

Viel wichtiger als solche Trockenübungen ist für die Rüstungs-Startups allerdings der Krieg in der Ukraine, welchen sie schon von Beginn an als Labor missbrauchen. Ein ukrainischer Soldat wird von der „Welt“ zitiert: „Wir haben die Drecksarbeit für Helsing gemacht.“ Ein makabres wie lukratives Geschäftsmodell – in dieser Hinsicht zumindest gleichen sich die alten wie die neuen Rüstungskonzerne definitiv.

Franz Enders ist Autor der Studie „Neue Waffen, neues Geld? ‚Defence-Startups‘ in der BRD“, die Mitte Juli 2025 bei der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e. V. erschienen ist.

Das Kreuz mit dem Sühnekreuz

Joachim Haas-Feldmann

pax christi wahrt Gedenken an Massaker im Arnsberger Wald

Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt in Meschede (Hochsauerland-Kreis): Maria Gierse, pax christi-Vorstandsmitglied im Diözesanverband Paderborn, bittet eine Küsterin, das separate Beichtzimmer aufzuschließen. Im großen Kirchenraum gibt es keine Hinweistafel, keinen Informationsflyer für das, was sich hinter der Tür verbirgt: das Mescheder Sühnekreuz, raumhoch an der Wand befestigt.

Es steht als Symbol für die wechselvolle, über die Jahre in der Stadt teils heftig umstrittene Erinnerung an das Massaker im nahen Arnsberger Wald, das zu den schlimmsten Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkriegs in Deutschland gehört. Im März 1945 ermordeten Angehörige der „Division zur Vergeltung“, eine Mischung aus Wehrmachtssoldaten und Waffen-SS, per Genickschuss 208 Zwangsarbeiter:innen, vornehmlich aus der Sowjetunion und teils aus Polen; darunter auch ein Säugling.

Die Leichname wurden 1947 und 1964 an den Tatorten bei Warstein, Suttrop und Eversberg exhumiert und auf den Friedhof Meschede-Fulmecke überführt, wo zunächst vornehmlich verstorbene französische Kriegsgefangene aus dem Ersten Weltkrieg bestattet waren. Auch dieser Erinnerungsort erweckt am Ende einer Sackgasse eher den Eindruck des Unscheinbaren.

Wichtige Regionalgeschichte

Dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, vor allem dem wissenschaftlichen Referenten Dr. Marcus Weidner der Abteilung „Forschung zur Regionalgeschichte“, ist es zu verdanken, geschichtsbezogen zu erinnern und dem Vergessen zu widerstehen. Er hat 2025 das epochale Buch „Die Toten von Meschede“ herausgegeben. Weidner war mit einem Vortrag auch bei pax christi zu Gast, als 2025 in Meschede nach 80 Jahren der Opfer des Massakers gedacht wurde. pax christi im Diözesanverband Paderborn und über viele Jahre in Meschede speziell gehören zu den Mahnenden, welche die Erinnerung wachhalten. Damit wahrt der Verband die linkskatholische Tradition, die zurückgeht bis zum Mai 1947. Mitglieder des „Arbeitsausschusses der katholischen Männergemeinschaft“ in Meschede beschlossen damals, ein vier Meter hohes „Kreuz des Friedens und der Versöhnung“ in der Nähe der Erschießungsstelle aufzurichten, verbunden mit einer erklärenden Inschrift.

Das Mahnmal knüpfte an die Tradition einer mittelalterlichen Rechtspraxis an, dass Täter oder deren Angehörige für Mord oder Totschlag ein Sühnekreuz am Wegesrand aufstellten. Die Männergemeinschaft begründete ihr Engagement mit der Überzeugung, dass Christ:innen der NS-Diktatur „nicht mutig genug widerstanden“ hätten und nun sühnen müssten. Damit wurden sie in der vielfach konservativen Umgebung als Nestbeschmutzer angesehen, die einer deutschen Kollektivschuld das Wort reden, die deutschen Kriegsoffer negieren, die „saubere“ Wehrmacht diskreditieren und „den Russen“ in die Hände spielen würden. Gegner des Sühnekreuzes versuchten es aus der Erde zu reißen; als dies nicht gelang, es abzusägen und zu verbrennen. Nach mehreren Wochen der Auseinandersetzung vergruben die Initiatoren das Sühnekreuz vorsichtshalber am Tatort.

Mahnmal in Meschede

Die Meschederin Irmgard Rode (1911–1989), überzeugte katholische Pazifistin und Gegnerin der Wiederaufrüstung, beschwerte sich 1964 in einem Brief an den Paderborner Erzbischof Lorenz Jaeger über die „Kreuzeschändung von Katholiken“. Dieser sprach sich in seiner Antwort dafür aus, das Mahnmal in Meschede wieder zu errichten. Dadurch und wahrscheinlich durch das zeitgleiche Umbetten der Massaker-Opfer nach Meschede fühlten sich einige Schüler:innen des örtlichen Benediktiner-Gymnasiums bestärkt, das Sühnekreuz wieder auszugraben. Es lagerte zunächst in der Garage der Familie Rode. 1966 erklärte sich Dechant Franz-Josef Grumpe auf Drängen Rodes hin bereit das Sühnekreuz in die Obhut seiner Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt zu nehmen. Er hatte es 1947 als Pfarrvikar auch geweiht.

Für die Öffentlichkeit kaum sichtbar, stand das Sühnekreuz dort hinter dem Hochalter, so Dr. Alfons Rode (1901–1987). Erst anlässlich der „Mescheder Friedensoffensive“ im Rahmen der bundesweiten Friedenswochen 1981, maßgeblich initiiert von der örtlichen pax christi-Gruppe, gelangte das Sühnekreuz in Mariä Himmelfahrt fortan wieder etwas mehr ans Licht. Als der WDR 1985 das Sühnekreuz in einen Filmbericht aufnehmen wollte, verweigerte einer der Geistlichen seine Dreherlaubnis, wie die damalige pax christi-Gruppe berichtete. Diese setzte sich 1986 für eine Gebetsstunde in der Himmelfahrtsgemeinde ein. Deren beiden Pfarrer lehnten



Gedenken an das Massaker im Arnsberger Wald auf dem Friedhof Fulmecke in Meschede 2025

Foto: Joachim Feldmann

Foto: Martin Guntermann-Bald

Maria Gierse hält vor dem Sühnekreuz das epochale Buch „Die Toten von Meschede“ in ihren Händen

das ab, weil damit zu viel wieder wachgerufen werde und weil pax christi mit einem Flugblatt nur Unruhe angestiftet habe. 1987 war dann eine Gebetsstunde möglich. Die Gruppe brachte parallel dazu eine Dokumentation zum 40-jährigen Gedenken heraus. Zu ihrer Versöhnungsarbeit gehörte 1988 der Besuch des russisch-orthodoxen Erzbischofs Kyrill von Smolensk mit einem Gedenkgottesdienst auf dem Friedhof Fulmecke.

1993 nahmen zwei Zehntklässlerinnen des städtischen Gymnasiums mit ihrem Beitrag zum Sühnekreuz-Gedenken erfolgreich am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten teil. Das, wie auch das Ausgraben des Mahnmals 1964, sind Beispiele dafür, dass das Aufrechterhalten der Erinnerung durch linkskatholisch-pazifistische Akteur:innen in Meschede Früchte getragen hat. Dazu zählt auch die erfreuliche Erfahrung anlässlich des 80-jährigen Gedenkens an das Massaker 2025. Maria Gierse erzählt, dass pax christi mit etwa 30 Teilnehmenden beim Vortrag von Marcus Weidner gerechnet habe: „Aber es kamen doppelt so viele, darunter Kinder und Enkel von Aktiven aus der Vergangenheit.“



Foto: Bildarchiv Peter Bürger

Irmgard Rode und ihrem Mann war es seit den 1960er Jahren ein Herzensanliegen, vom Sühnekreuz zu erzählen



Empfehlenswert: „Das Massaker im Arnsberger Wald.“ ARD History, ausgestrahlt am 31.10.2022, ARD-Mediathek

Joachim Haas-Feldmann ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

Anzeige gegen Bundesregierung



Martin Singe

Beihilfe zum Angriffskrieg

Mit einer Verdachtsanzeige an die Generalbundesanwaltschaft (GBA) hat der Verfasser dieses Artikels am 30. März 2026 die Forderung erhoben, ein Ermittlungsverfahren gegen die Bundesregierung wegen des Verdachts der Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg (Völkerstrafgesetzbuch § 13) einzuleiten. Der Anzeige sind inzwischen über 50 Personen beigetreten oder haben eine eigene Anzeige formuliert. Der Krieg der USA und Israels gegen den Iran – aktuell mit einer Waffenruhe unterbrochen – verstößt fundamental gegen das Gewaltverbot des geltenden Völkerrechts; er ist weder vom Selbstverteidigungsrecht noch von der ohnehin umstrittenen Rechtskonstruktion einer humanitären Intervention gedeckt. Die Art der Kriegsführung bis hin zu einem angekündigten

totalen Vernichtungskrieg widerspricht zudem allen Regeln des humanitären Völkerrechts. Selbst mit einem Kriegsende bleibt auch eine rückwirkende Aufklärung rechtlich notwendig, um präventive Wirkung zu entfalten.

Ramstein und Überflugrechte: Kriegsunterstützung

Die Bundesregierung hat Beihilfehandlungen zur Unterstützung dieses Krieges geleistet, indem sie u. a. Überflugrechte für US-Flugzeuge erteilte und die Nutzung der Basis in Ramstein sowie der Kommandozentral EUCOM in Stuttgart uneingeschränkt zuließ. Ramstein dient den USA im Nahen Osten vor allem als Knotenpunkt für Lufttransport und Logistik, als Kommunikations-, Befehls- und Kontrollzentrum für Luftoperationen, Lagebildkoordination und Drohneneinsätze. Das EUCOM ist hinsichtlich des US-Militärs im Nahen Osten u. a. verantwortlich für die Funktionen Logistik und Einsatzunterstützung, d. h. Bereitstellung von Nachschub-, Transit- und Infrastrukturkapazitäten für Operationen.



Die Angriffe auf den Iran verstoßen gegen geltendes Völkerrecht

In der Anzeige heißt es: „Nach meiner Kenntnis und öffentlicher Berichterstattung beteiligt sich die Bundesregierung derzeit in unterschiedlicher Form an militärischen, logistischen oder politischen Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, insbesondere durch die Gewährung der Nutzung der Airbase Ramstein und die Gewährung von Überflugrechten für an dem Krieg beteiligte Flugzeuge der US-Luftwaffe. Diese Maßnahmen könnten geeignet sein, Handlungen zu fördern, die nach Art. 2 Abs. 4 UNCharta, Art. 51 UNCharta und § 13 VStGB als völkerrechtswidriger Angriffskrieg und/oder als Verbrechen der Aggression zu qualifizieren wären.“

Zur Beurteilung des rechtlichen Kontextes wird u. a. auf die Bewertung von Bundespräsident Steinmeier verwiesen, der den Iran-Krieg ausdrücklich als völkerrechtswidrig bezeichnete. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages teilen diese Rechtsauffassung in einem aktuellen Gutachten. Die Bundesregierung ist verpflichtet, jedwede Mitwirkungshandlung an

völkerrechtswidrigen Gewalteinsetzungen zu unterlassen (Vgl. Art. 25 und 26 GG).

Öffentlichen Druck verstärken!

Bis zur Abfassung dieses Artikels (9. Tag nach Beginn der 14-tägigen Waffenruhe) hatte die GBA noch nicht reagiert. Die „Frankfurter Rundschau“ und die „junge Welt“ berichteten ausführlich über die Anzeige. Der Druck kann verstärkt werden, indem weitere Personen der Anzeige beitreten oder Appelle an die Bundesregierung richten, alle Beihilfehandlungen für eine zu befürchtende Fortsetzung dieses Kriegs zu unterlassen. Auch die Rüstungsexporte an Israel, das den Krieg im Libanon weiterführt, müssen unterbunden werden.

Bundeskanzler Merz hatte schon beim Angriff der USA auf Venezuela behauptet, das Völkerrecht sei ja sehr „komplex“. Den Angriffskrieg auf den Iran hat Merz sogar gerechtfertigt, indem er am 1. März sagte: „Völkerrechtliche Einordnungen werden relativ wenig bewirken“. Zudem sei „jetzt nicht der Moment, unsere Partner und Verbündeten zu belehren“. Darüber hinaus konterkarierte Merz das Gewaltverbot, er bedauerte, „dass wir nicht bereit waren, grundlegende Interessen notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen“. Solche Aussagen sind offener Völkerrechtsbruch!

Die Durchsetzung eigener Interessen mit militärischer Gewalt wird ohne Scham über das Gewaltverbot des Völkerrechts gesetzt. Trump hat das so formuliert: „Ich brauche kein internationales Recht.“ Und laut US-Außenminister Rubio dürfe man „die sogenannte globale Ordnung“ nicht mehr „über die Interessen unserer Bevölkerungen und unserer Staaten stellen“.

Völkerrecht retten – Kriege verweigern!

Die Abkehr vom Gewaltverbot der UN-Charta ist leider nicht neu. Eine vermeintliche Rechtfertigung durch die Rechtskonstruktion der Schutzverantwortung für andere Völker gibt es nicht, auch wenn sie bemüht wird. Menschenrechte dürfen nicht für Kriege instrumentalisiert werden. Kriegerische Gewalt hat nie zur Verbesserung von Menschenrechten beigetragen. Krieg – das bedeutet immer unendlich viel Tote, Verstümmelte, Flucht und Elend. Und die sogenannte Schutzverantwortung wird ja auch immer nur dann bemüht, wenn „unsere Interessen“ anderswo militärisch gesichert werden sollen. Auch wenn egoistische Ressourcensicherung und das Sichern von Einflussphären Bestandteil aktueller Militärstrategien sind, dürfen wir nicht aufhören, das Völkerrecht zu verteidigen, durch Argumente, Protest und Widerspruch – und durch die konkrete Verweigerung jeglicher Beteiligung an allen Kriegen und Kriegsvorbereitungen.

Martin Singe ist Mitglied der pax christi-Gruppe Bonn und vertritt pax christi in der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt!“.

In eigener Sache

Geschäftsführender Bundesvorstand: Birgit Wehner, Odilo Metzler, Maria Buchwitz

Wie für andere zivilgesellschaftliche Organisationen ist auch für die Deutsche Sektion von pax christi die Finanzierung eine große Herausforderung. Zwar sind unsere Mitgliedszahlen einigermaßen stabil bei leichter altersbedingter Abnahme, ebenso unser Spendenaufkommen. Dennoch haben wir seit einigen Jahren ein zunehmendes strukturelles Defizit im Haushalt, u. a. wegen der Kostensteigerungen in allen Bereichen.

Bislang konnten wir den Haushalt durch eine Erbschaftsrücklage ausgleichen, die aber in Zukunft aufgebraucht sein wird. Auch müssen wir wie andere Organisationen mit rückläufigen Spenden rechnen.

Deshalb hat der Bundesvorstand Einsparungen beschlossen, z. B. bei Tagungskosten für den Bundesvorstand. Und von bislang vier pax_zeit-Ausgaben sollen noch zwei als gedrucktes Heft erscheinen. Die Redaktion ist gerade dabei, ein Konzept zu entwickeln, wie die anderen beiden Ausgaben zukünftig erscheinen werden, und denkt an einen pax_zeit-Newsletter mit eher grundsätzlichen Informationen und Hintergrundbeiträgen.

Wir fangen mit den Einsparungen schon jetzt an und werden in diesem Jahr nur drei Ausgaben drucken. Für Sie als Leser:innen heißt das konkret: Die September-Ausgabe wird entfallen und die nächste gedruckte Ausgabe erscheint dann wieder wie gewohnt am 15. Dezember. Als Ersatz für die 3. Ausgabe werden wir am 15. September einen Sondernewsletter mit pax_zeit-Themen veröffentlichen.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass unsere pax_zeit auch digital auf unserer Homepage im Bereich ‚Publikationen‘ zu finden ist. Wichtig ist und bleibt uns der Kontakt zu den Mitgliedern. Den möchten wir weiter fördern und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen als Leser:innen. Schreiben Sie uns gerne Ihre Gedanken an sekretariat@paxchristi.de.

Seit zwei Jahren werden aktuelle Meldungen von pax christi in unserem wöchentlichen Mittwochs-Newsletter gebündelt. Aufgrund der guten Resonanz dieses Newsletters wird sich die pax_zeit-Redaktion hier in Zukunft mit Beiträgen beteiligen. Der Newsletter kann über die Homepage von pax christi unkompliziert abonniert werden. Dort werden Sie auch in Kürze eine Abonnementmöglichkeit für den Sondernewsletter der pax_zeit finden. Bitte tragen Sie sich dort ein, damit Sie in unseren Verteiler aufgenommen werden.

Eine erfreuliche Neuerung ist die Veröffentlichung des ersten Podcasts, den die Friedensarbeiter:innen von pax christi



herausgegeben haben. In ‚menschen machen frieden‘ machen sie Frieden hörbar. Das tun sie mit unterschiedlichen Gästen und deren Ideen und Ansätzen zum Thema Frieden. Weitere Informationen dazu finden Sie auf unserer Website und Sie können den Podcast auf Spotify abonnieren.

Wir sind von Herzen dankbar für alle Spenden, die unsere Friedensarbeit erhält.



Alle Informationen sind zu finden auf [paxchristi.de](https://www.paxchristi.de)

Krieg ist kein Mittel der Politik mehr!

Paul Hildebrand

Zur Debatte um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Für uns Christ:innen ist Jesus Christus der Maßstab und die zentrale Motivation, für Frieden einzutreten. Von seiner Geburt, über seinen Tod bis über seine Auferstehung hinaus ist Frieden seine durchgängige Botschaft. Papst Leo empfiehlt zum Weltfriedenstag 2026, die Wege des Dialogs, der Diplomatie und den Aufbau von Vertrauen zwischen den Staaten und Zivilgesellschaften zu gehen. Vor eine höchst persönliche „Friedensfrage“ ist neu jeder junge Mann gestellt.

Durch die Wiedereinführung der Musterungspflicht muss eine Anzahl damit rechnen, zum Militärdienst eingezogen zu werden. Mit Blick auf den Wehrdienst stellt die katholische Bischofskonferenz fest, dass in einer freiheitlichen Demokratie Freiwilligkeit grundsätzlich Vorrang vor verpflichtenden Diensten haben soll. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss als Ausdruck der Gewissensfreiheit uneingeschränkt gewahrt bleiben.

Um eine freie Gewissensentscheidung gewährleisten zu können, sollen auch kirchliche Beratungsstrukturen wieder auf- bzw. ausgebaut werden. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Beratung von Kriegsdienstverweigerern (nach Art. 4 Abs. 3 GG bzw. KDVG) als auch bei der Beratung und Begleitung von Menschen, die ihre Gewissensentscheidung noch suchen. Nach Bischof Kohlgraf, pax christi-Präsident, muss es möglich

sein, den Wehrdienst abzulehnen – ohne moralische und gesetzliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Im aktuellen Friedenswort der Deutschen Bischöfe „Friede diesem Haus“ heißt es: „Gewaltverzicht und aktive Gewaltfreiheit sind keine Zeichen von Schwäche, sondern von innerer Stärke. Stets geht es um die Fähigkeit, die eigene Angst zu bewältigen, bis hin zur Angst vor dem eigenen Tod.“

Gewaltfreiheit ist deshalb kein passiver Pazifismus. Sie wurzelt in der geistgewirkten Absage an das Böse. Sie ist eine Spiritualität und Haltung, die Konflikte aufgreift, um sie zu verwandeln. Sie ist ein aktiver, strategischer und mutiger Einsatz für den Schutz des Lebens, ohne selbst zu Tätern der Gewalt zu werden. Wissenschaftliche Forschungen zeigen: Gewaltfreie Kampagnen gegen Regierungen und Besetzungen (zwischen 1900 bis 2006) sind doppelt so erfolgreich wie gewaltsame Bewegungen. Zudem führten gewaltfreie Bewegungen häufiger zu demokratischeren und friedlicheren Gesellschaften. „Gewaltfreiheit ist mächtig, weil sie von Solidarität und Kreativität genährt wird, nicht von Hass und Gewalt“, so die Friedensforscherinnen Maria Stephan und Erica Chenoweth.

Anliegen des von Pax Christi International (PCI) mitgegründeten Catholic Institute for Nonviolence in Rom ist es, Gewaltfreiheit in allen Bereichen kirchlichen Lebens zu verankern! Fazit: Es gibt (noch) genug zu tun, machen wir im Geist Jesu Christi weiter!

Paul Hildebrand ist Geistlicher Beirat von pax christi Rottenburg-Stuttgart.



17. – 21. September 2026

Roter Faden Frieden

Reise zu den friedens räumen Lindau

25 Jahre friedens räume: pax christi Deutschland und die friedens räume laden zu einer besonderen Reise in den Süden von Deutschland ein.

aktiv sein in den friedens räumen

Im Mittelpunkt steht eine Führung durch die Ausstellung mit anschließenden work shops: Die friedens räume sind geprägt von dem Ansatz des Encouragements, wollen also Mut machen und positiven Beispielen Raum geben.

erkunden

Das Frauenmuseum in Hittisau (Österreich) mit seiner aktuellen Friedenausstellung.

erinnern

Fahrt nach Missen, einem beschaulichen Ort im Allgäu. Michael Lerpcher geboren in Missen – Kriegsdienstverweigerer, hingerichtet 1940 und Max-Josef Metzger, Pazifist, hingerichtet 1944.

Friedensengagement heute – wichtiger denn je

Was können wir tun, oder was tun wir vielleicht schon fast unser Leben lang? Auswertung und Entwicklung von Perspektiven. Weitergabe an die nächsten Generationen?

Anmelden unter: c.schwarz@paxchristi.de

Anmeldeschluss: 15. Juli 2026

Kosten: 300,00 Euro. Enthalten sind Unterkunft mit Halbpension für 4 Nächte, Eintritte und die Fahrtkosten vor Ort.